



Freie und Hansestadt Hamburg  
Bezirksversammlung Altona

Drucksachen-Nr.: 21-xxxx

**Antrag öffentlich**

Beratungsfolge		
	Gremium	Datum
Öffentlich	Bezirksversammlung	25.11.2021

**Errichtung eines mobilen Konsum-Containers an der Holstenstraße / Berta-von-Suttner-Park**

**Alternativantrag der Fraktion DIE LINKE zur Drs. 21-2582**

Die Drogenproblematik hat sich in Hamburg in den letzten Jahren nicht reduziert. Was sich in Hamburg unter Verantwortung eines rot-grünen Senats in den letzten Jahren reduziert hat, ist das Angebot von Einrichtungen der Drogenhilfe, die sich um die Suchtkranken kümmern. In ganz Hamburg gibt es nur vier Konsumorte der akzeptierenden Drogenarbeit für sicheren Konsum. Die Schließung des Fixstern 2002 und der Umzug des Stay Alive in die Virchowstraße, das aktuell an seine Kapazitätsgrenze kommt, haben die Situation innerhalb Altonas noch verschärft. Eine Erhöhung der Polizeipräsenz in Form einer mobilen Polizeiwache löst kein Problem. Anstatt Gelder in ordnungspolitische Maßnahmen zu stecken, muss in eine Stärkung der Suchtarbeit und -Prävention investiert werden. Wir müssen kommunale Modellprojekte ermöglichen und sie unterstützen, zielgruppenspezifische und niedrigschwellige Angebote in der Drogen- und Suchthilfe auszubauen.

Die Situation an der Holstenstraße / Bertha-von-Suttner-Park hat sich zugespitzt und Anwohner:innen nehmen sie zunehmend als belastend wahr. Sinnvoll wäre die Einrichtung eines mobilen Angebots in Form eines Konsumraums. Da die Szene vor allem Crack konsumiert, müsste der Konsumraum sowohl intravenöse als auch inhalative Plätze anbieten.

**Vor diesem Hintergrund möge die Bezirksversammlung Altona beschließen:**

Das Bezirksamt wird gemäß § 19 BezVG aufgefordert, sich bei der Behörde für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Gesundheit, Familie und Integration (BAGSFI) dafür einzusetzen, dass im Bereich Holstenstraße/Bertha-von-Suttner-Park ein mobiler Konsumraum in Form eines Containers eingerichtet, ein geeigneter Träger für dieses Projekt diskriminierungsfrei ausgewählt sowie eine langfristig auskömmliche Finanzierung dieser Maßnahme gewährleistet wird. Das Amt wird gebeten dem Ausschuss für Soziales, Integration, Gleichstellung, Senioren, Geflüchtete und Gesundheit Bericht zu erstatten.

**Petitum:**

**Die Bezirksversammlung wird um Zustimmung gebeten.**